

[Wirtschaft & Politik]

Aufschwung durch mutige Entscheidungen

Reformen der neuen Regierung sollen Auslandsinvestitionen fördern/ Mangelnde Rechtssicherheit und Korruption als größte Probleme

Von Daniel Gros

„Wir sind sehr am Know-how von westeuropäischen Unternehmen interessiert und das Hauptziel dieser Regierung sind Auslandsinvestitionen.“ Dies sind die Worte des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić, der erkannt hat, dass das die wichtigsten und unumgänglichen Komponenten sind, um der serbischen Wirtschaft den notwendigen Impuls für einen Aufschwung zu verleihen.

Serbiens Weg war in den vergangenen 20 Jahren steinig und schwer – teils aufgrund von politischen Konflikten, teils aufgrund fehlender Kompromissfähigkeit. Mittlerweile scheint es aber so, als hätte man die Überreste der Ära Milošević endlich überwunden und politische Stabilität erreicht, wodurch sich das Land nun voll und ganz auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren kann.

Die Belohnung für die teils schwerwiegenden politischen Entscheidungen der letzten Zeit erhielt Serbien am 1. März 2012, als dem Land beim EU-Gipfel endlich der Status eines Beitrittskandidaten verliehen worden ist. Am 28. Juni 2013 hat der Europäische Rat dann beschlossen, spätestens im Januar 2014 mit den Beitrittsverhandlungen zu beginnen. Dies war die Folge des Abkommens zwischen Serbien und dem Kosovo, in dem man sich über den Status des Kosovos geeinigt hatte. Nun muss man beurteilen, inwiefern sich diese wichtigen politischen Ereignisse auf die Auslandsinvestitionen auswirken werden.

Anreize für Auslandsinvestoren

Seit dem Jahr 2000 zählt Österreich zu den größten Investoren in Serbien.

* Der Autor
Daniel Gros ist Regional Manager für South-Eastern Europe bei Lansky, Ganzger & Partner Rechtsanwälte.

Das Gesamtvolumen der in den letzten zwölf Jahren getätigten ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investments, kurz: FDI) wird auf zirka 21 Milliarden Euro geschätzt, wovon Österreichs Anteil rund 2,6 Milliarden Euro beträgt. Der Hauptteil der FDI in Serbien fiel auf den Banken- und Versicherungssektor (4,8 Milliarden Euro), gefolgt von der verarbeitenden Industrie (4,4 Milliarden Euro).

Ein Hauptanliegen der Regierung Serbiens war und ist es, das Volumen aller ausländischen Direktinvestitionen zu steigern, indem man zahlreiche Anreize setzt. Besonders hervorzuheben ist hier die Körperschaftsteuer, die in Serbien nur zehn Prozent beträgt. Die neue Regierung versucht, dadurch die Unternehmen zu entlasten, um die Attraktivität des Investitionsstandortes weiter zu steigern. Serbien ist mit einer potenziellen Anbaufläche von fünf Millionen Hektar zum Beispiel ein sehr interessantes Agrarland. Weitere wichtige Sektoren sind Eisen, Stahl sowie Textilien. In all diesen Bereichen erhofft man sich stetes Wachstum durch Auslandsinvestitionen.

Vorteil: Freihandelsabkommen

Ein weiterer großer Vorteil Serbiens als Investitionsstandort sind seine Freihandelsabkommen. Das Land kann als Produktionsstandort genutzt werden, um zollfreie Exporte für einen Markt von einer Milliarde Menschen anzubieten. Zu diesem Markt zählen die Europäische Union, die USA, die Russische Föderation, Kasachstan, die Türkei, Südosteuropa, die EFTA-Staaten und Belarus. Vor allem das Freihandelsabkommen mit Russland, das im August 2000 unterzeichnet wurde, stärkt Serbiens Position am internationalen Markt.

Die Vereinfachung von Unternehmensgründungen (wobei die Frist von 23 auf fünf Tage verkürzt wurde) war ebenfalls ein wichtiger Anreiz für neue Investoren, da dadurch bürokratische Unannehmlichkeiten so gering wie möglich gehalten werden.



Mit einer potenziellen Anbaufläche von fünf Millionen Hektar ist Serbien unter anderem interessant für Investoren aus der Agrarbranche.

Diese Anreize der serbischen Regierung zur Steigerung von Auslandsinvestitionen sind zwar ein wichtiger Punkt, die Hauptaufgabe und das Hauptproblem ist aber die Rechtssicherheit. Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Korruptionsbekämpfung sind nicht nur Kernthemen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Serbiens, sie haben auch eine direkte Auswirkung auf das Volumen der bestehenden und potenziellen Direktinvestitionen.

Der neue Finanzminister Lazar Krstić hat im Oktober Maßnahmen zur Stärkung der serbischen Wirtschaft vorgestellt, bei denen ebenfalls das Problem der Rechtssicherheit eine vorrangige Rolle spielte. Das Ziel der Regierung ist es, das Investitionsambiente durch Gesetzesreformen zu verbessern. Die Maßnahmen umfassen Änderungen im Arbeitsrecht, die Hinwendung zu Public Private Partnerships bei Infrastrukturprojekten sowie die Vereinfachung der Prozedur bei Baugenehmigungen.

Fördermöglichkeiten der EU

In diesem Zusammenhang sollte man auch auf die zahlreichen Fördermöglichkeiten der Europäischen Union hinweisen, die bereits seit Jahren bestehen und unter anderem auf Kernpunkte

Foto:EBRD

wie Rechtssicherheit, Justiz- und Verwaltungsreformen zielen. Als Beispiel sei das IPA-Programm (Instrument for Pre-Accession Assistance) genannt. Allein aus diesem Topf stehen für 2013 über 208 Millionen Euro zur Verfügung – Mittel, die ebenfalls von ausländischen Investoren genutzt werden können (vor allem im Bereich Infrastruktur und Energie).

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass mangelnde Rechtsstaatlichkeit das größte Problem bei der EU-Integration darstellt. Korruption ist in den meisten Erweiterungsändern nach wie vor weit verbreitet und schreckt Investoren zunehmend ab. Daher muss die Bekämpfung dieser Punkte das

Hauptziel Serbiens sein, um ein stetes Wirtschaftswachstum zu gewährleisten.

Eines der bedeutendsten Elemente in der Integration, welches oft außer Acht gelassen wird, ist die regionale Zusammenarbeit. Es bedarf eines intensiveren Einsatzes der Politik, um konkretere Initiativen ins Leben zu rufen und regionale Kooperationen sowie Joint Ventures zu ermöglichen oder sogar zu fördern. Nur so wird die Wettbewerbsfähigkeit steigen und dadurch auch der Export belebt, was wiederum die Anreize für strategische Partnerschaften mit ausländischen Unternehmen erhöht.

Serbien befindet sich noch immer in schwierigem Terrain, aber mit mutigen Entscheidungen und Reformprozessen (die zum großen Teil von der neuen Regierung umgesetzt werden) sowie mit Fördermitteln der EU werden die politischen Ziele und der wirtschaftliche Aufschwung nicht ausbleiben.

KONTAKT

Lansky, Ganzger & Partner
Rechtsanwälte GmbH, Wien
Tel.: +43 1 5333330
www.lansky.at



Grenzenlos kombinieren. Zielsicher optimieren.

Sind Ihre Warenströme übersichtlich und Ihre Laufzeiten kurz? Können Ihre Lagerbestände reduziert, Ihre Prozess- und Fixkosten gesenkt werden? Im Netzwerk von Beschaffung, Produktion, Lagerung und Distribution bewegen wir gemeinsam mit Ihnen Menschen, Waren und Daten auf ein klares Ziel zu: Ihre Logistik zum echten Wettbewerbsvorteil zu machen – weltweit. Denn jede Logistiklösung ist so individuell wie unsere Kunden. Erleben Sie selbst, wie GW bewegt: gw-moves.com



Gebrüder Weiss 
Transport und Logistik